

Evangelische Verantwortung

Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU

Themen:

| | |
|---------------------------------|----|
| Editorial | 3 |
| „Was ist der Mensch?“ | 6 |
| Chance für Ökonomie und Ökumene | 7 |
| Domgymnasium zu Brandenburg | 10 |

Der 17. Juni 1953 – Symbol für Freiheit und Demokratie

Rainer Eppelmann

Am 17. Juni 1953, vor nunmehr 50 Jahren, spielten sich in Ostberlin dramatische Szenen ab: Sowjetische Panzer drangen in das Stadtzentrum vor, Pflastersteine flogen, Schüsse fielen und Menschen flüchteten. Es gab Tote und Verletzte. Über 100.000 Demonstranten, vor allem Bauarbeiter und Beschäftigte von Großbetrieben, aber auch viele andere Menschen hatten sich auf der Leipziger Straße im Zentrum Berlins versammelt.



„Am frühen Nachmittag des 17. Juni 1953 war die zweite deutsche Diktatur de facto gestürzt.“

Aber nicht nur in Berlin wurde demonstriert. Die Proteste der Bauarbeiter von der Stalinallee waren die Initialzündung für eine Welle des Aufgehens in über 700 Städten und Gemeinden der DDR – das ganze Land war in Aufruhr. Ob

in Berlin, Bitterfeld, Leipzig, Dessau, Chemnitz, Gera oder Stralsund – über eine Million Menschen gingen zwischen dem 16. und 21. Juni auf die Straße, um sich an Demonstrationen, Kundgebungen und Streiks zu beteiligen.

In über 1000 Betrieben oder Genossenschaften ruhte die Arbeit. Rund 160 öffentliche Gebäude wurden gestürmt, zum Teil verwüstet. Darunter befanden sich fünf Kreisdienststellen des Ministeriums für Staatssicherheit, die Bezirksleitungen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands in Halle und Magdeburg, sieben SED-Kreisleitungen, sechs Gebäude des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes, eine Bezirksdirektion der Volkspolizei, acht VP-Reviere, elf Kreisträte und mindestens 18 Gemeindeverwaltungen. Vor 22 Gefängnissen versammelten sich Demonstranten mit dem Ziel, die politischen Häftlinge zu befreien. Aus zwölf Haftanstalten kamen ca. 1.400 Häftlinge frei. Was als Protest gegen die beabsichtigte Erhöhung der Arbeitsnormen begonnen hatte, wurde schnell zur politischen Manifestation gegen die SED-Herrschaft, bei der soziale Forderungen von den Rufen nach Freiheit, dem Rücktritt der Regierung und freien Wahlen rasch in den Hintergrund gedrängt wurden.

Am 17. Juni 1953 formulierten die Menschen allerorts zwar auch soziale Forderungen. Doch es waren die politischen Forderungen der Demonstranten, die die SED-Diktatur herausforderten und in ihren Grundfesten erschütterten. Am frühen Nachmittag des

„Es waren die politischen Forderungen der Demonstranten, die die SED-Diktatur herausforderten und in ihren Grundfesten erschütterten.“

17. Juni 1953 war die zweite deutsche Diktatur de facto gestürzt. Die Antwort der kommunistischen Staatsführung und ihrer Verbündeten war hart und gewalttätig und damit zugleich die zynische Bestätigung für die moralische und politische Rechtfertigung des Aufstandes: Waffengewalt und Panzereinsatz gegen die Demonstranten. Denn es bedurfte der sowjetischen Panzer, um den Aufstand niederzuschlagen. Am 17. bzw. 18. Juni 1953 hatten die Sowjets in mehr als dreiviertel aller Land- und Stadtkreise den Ausnahmezustand ausgerufen, der in Berlin, Halle und Leipzig bis zum 9. Juli aufrechterhalten wurde. Wäre das sowjetische Militär in den Kasernen geblieben, hätte die SED ihre von Moskau geliehene Macht nicht wieder erlangen können. Diese unerbittliche Machtdemonstration kostete nach unterschiedlichen Schätzungen zwischen 50 und 125 Menschen das Leben, weit über tausend trugen Verletzungen davon, zehn- bis fünfzehntausend Aufständische wurden verhaftet und zu langen Gefängnisstrafen verurteilt, einige sogar standrechtlich erschossen. Der Mut der Menschen, die damals für die Freiheit auf die Straße gingen und ihr Leben riskierten, ist bewundernswert.

Die Vorgänge in der DDR wurden von der Weltöffentlichkeit, nicht zuletzt in Moskau und in Washington, mit größter Aufmerksamkeit verfolgt. Für das Ansehen der SED-Führung war der Aufstand eine Katastrophe. Die Menschen erhoben sich gegen eine Regierung, die vorgab, im Namen des Volkes zu handeln.

Der Kampf gegen die SED-Herrschaft wurde rasch und blutig niedergeschlagen und hatte – Ironie der Geschichte – zur Folge, dass der wegen Versagens beim Aufbau des Sozialismus politisch schwer angeschlagene Walter Ulbricht in seiner Position gefestigt wurde. Die SED-Führungsklique wusste von nun an, dass sie gegen das Volk regiert und dass sie in demokratischen Wahlen hinweggefegt werden würde. So betrieb sie fortan eine Politik, die den 17. Juni einkalkulierte. Die SED erklärte den Aufstand zu einem von außen gesteuerten „faschistischen Putschversuch“ und ließ sich von dieser Denunziation auch dann nicht beirren, als die Staatssicherheit im Dezember 1953 einräumen musste, dass weder Hintermänner noch Organisatoren des „Putsches“ vom 17. Juni ermittelt werden konnten. Die SED-Führung hatte erleben müssen, dass ihr offenkundig

nicht nur die Mehrheit der Bevölkerung feindlich gegenüberstand, sondern sie sich noch nicht einmal auf die Mitglieder der eigenen Partei, geschweige denn auf ihre Massenorganisationen verlassen konnte. Aus dieser traumatischen Erfahrung resultierte fortan eine Doppelstrategie: Einerseits galt es, die Bevölkerung durch „Zuckerbrot“ zu neutralisieren und andererseits durch die „Peitsche“ einzuschüchtern.

So wurde der Ausbau des Ministeriums für Staatssicherheit sowie anderer bewaffneter Organe zeitgleich mit dem Versuch begleitet, durch Lebensmittelimporte, Unterhaltungsangebote und einen etwas nachlassenden politischen Druck die Gesellschaft zu befrieden. Auch wenn die SED-Verlautbarungen der folgenden Jahrzehnte einen anderen Eindruck erweckten: Die Parteiführung glaubte wohl selbst nicht mehr daran, die Menschen wenn nicht durch Überzeugung, so doch zumindest durch Agitation und Propaganda einerseits, und durch die sozialistische Umgestaltung der „Basis“ andererseits für den sozialistischen Aufbau gewinnen zu können. Soziale und konsumtive Wohltaten sollten fortan Loyalität stiften. Eine Loyalität, über die das MfS im Verborgenen wachte.

Der Schock über den Volksaufstand saß innerhalb der Partei- und Staatsführung tief und ließ sie bis zum Ende der DDR nicht mehr los. Überall und immer wieder argwöhnte die SED, es könne zu einem neuen „Tag X“ kommen, wie er im Sprachgebrauch der Herrschenden genannt wurde. Selbst noch im August 1989 fragte der mächtige Minister für Staatssicherheit Erich Mielke auf einer Dienstbesprechung im Kreis seiner Obristen und Generale: „Ist es so, dass morgen der 17. Juni ausbricht?“.

Für jene, die 1953 auf die Barrikaden gegangen waren oder als verunsicherte Zaungäste die Niederschlagung des Aufstandes miterlebt hatten, lautete die schockierende Lektion, dass die SED-Diktatur gegen den Widerstand der Sowjetunion nicht aus eigener Kraft überwunden werden konnte. Als in der Folgezeit deutlich wurde, dass die DDR dauerhaft in das sowjetische Machtsystem eingegliedert bleiben sollte und die meisten Menschen ihre Hoffnungen auf eine Einigung der einstigen Alliierten in der deutschen Frage verloren, blieb für viele nur noch die Flucht nach Westdeutschland, um sich den Zumutungen der

„Selbst noch im August 1989 fragte der mächtige Minister für Staatssicherheit Erich Mielke auf einer Dienstbesprechung im Kreis seiner Obristen und Generale: 'Ist es so, dass morgen der 17. Juni ausbricht?'“

Liebe Leserin, lieber Leser,

der 1. Ökumenische Kirchentag in Berlin war ein großes, bewegendes Ereignis für alle Christen in Deutschland.

Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU war mit seinen beiden, das Kirchentagsprogramm in eigenständiger Weise flankierenden Großveranstaltungen, sehr erfolgreich. Sowohl der Vortrag von Altbundeskanzler Dr. Helmut Kohl zum Thema „Union und Ökumene“ als auch der 2. Kirchentagsempfang des EAK in der Bundesgeschäftsstelle der CDU mit vielen prominenten Vertretern aus Kirche und Politik haben eine große Resonanz und ein breites, positives Echo erfahren. Einmal mehr hat der EAK bewiesen, welche unverzichtbare Integrationskraft von ihm für die Arbeit der Union ausgeht und welche richtungsweisende Perspektiven er immer wieder aufzuzeigen vermag.

Ganz in diesem Sinne blicken wir in diesem Monat aber bereits auf die nächste wichtige Veranstaltung des EAK, nämlich unsere 40. Bundestagung, die vom 13. bis 14. Juni in Halle/Saale stattfinden wird. Sie steht unter dem Motto der Bergpredigt: „Selig sind die Friedenstifter“. Ich hoffe ebenfalls auf eine rege Beteiligung und freue mich neben dem interessanten Programm auf viele persönliche Begegnungen und Gespräche. Am 13. Juni wird sich in Halle auch wieder der Bundesarbeitskreis anlässlich der Neuwahlen zum Bundesvorstand zusammenfinden.

Ich habe mich nach langem Überlegen entschlossen, nicht mehr als Bundesvorsitzender zu kandidieren. Seit 10 Jahren bekleide ich nun bereits dieses wichtige Amt und blicke mit Zufriedenheit und großer Dankbarkeit auf das zurück, was in dieser Zeit alles erreicht worden ist. Der Evangelische Arbeitskreis steht im Jahr 2003 als feste und verlässliche Größe innerhalb der CDU/CSU da und findet in einem Ausmaß Beachtung und Wertschätzung von Seiten der Kirchen, wie das in den letzten Jahrzehnten keineswegs selbstverständlich war. Die Aufgaben und Ziele, die sich vor über fünfzig Jahren mit der Gründung des EAK verbanden, nämlich die vertrauensvolle Zusammenarbeit der Konfessionen in der CDU/CSU zu fördern, evangelische Bürgerinnen und Bürger für die Politik zu gewinnen bzw. die Mitglieder der CDU/CSU zu aktivieren und sich vor allem um gute Verbindung zu den Kirchen zu bemühen und diese zu pflegen,

sind bis heute Kennzeichen des EAK, der in den mittlerweile 51 Jahren seines Bestehens eine hervorragende und erfolgreiche Arbeit geleistet hat.

Ich denke deshalb, dass nun ein guter Zeitpunkt gekommen ist, den „Staffelstab“ weiterzugeben. Bei aller notwendigen inhaltlichen Kontinuität in der Arbeit bedarf es von Zeit zu Zeit der personellen Erneuerung. Davon ist natürlich auch der Bundesvorsitzende nicht ausgenommen. Ich bin außerdem davon überzeugt, dass es jetzt auch ebenso wichtig ist, der jüngeren Generation eine Chance zu geben. In diesem Sinne wünsche ich meinem Nachfolger im Amte alles Gute und Gottes Segen. Ich bin mir sicher, dass er dafür sorgen wird, die so wichtige Brücken-Funktion, die der EAK der CDU/CSU zwischen Kirche und Politik wahrnimmt, in ebenso erfolgreicher Weise auch im sechsten Jahrzehnt seines Bestehens zu erhalten und auszubauen.

Ihnen, liebe Leserinnen und liebe Leser, danke ich herzlich für Ihre bisherige Treue und Wertschätzung. Bleiben Sie dem EAK auch in Zukunft genauso gewogen wie in der Vergangenheit. Mein ganz besonderer Dank gilt auch den Spendern unter Ihnen, die uns seit Jahren durch tatkräftige finanzielle Hilfe unterstützen. Helfen Sie alle bitte auch weiterhin mit, dass der EAK – ganz dem Motto dieser Zeitung entsprechend – auch in den kommenden Jahrzehnten seine „Evangelische Verantwortung“ tatkräftig und überzeugend wahrnehmen kann. Der EAK der CDU/CSU – für mich ist er eine Erfolgsgeschichte im Spannungsfeld von Politik und Kirche und insofern wird er für unsere Partei wie auch für die evangelische (aber auch katholische!) Christenheit in unserem Land unverzichtbar bleiben! Dazu helfe uns Gott!

Mit herzlichen Grüßen

Ihr

Jochen Borchert, MdB
Bundesvorsitzender des EAK



„Der EAK steht im Jahr 2003 als feste und verlässliche Größe da.“

SED-Diktatur dauerhaft zu entziehen. Für viele von jenen, die im Land blieben, war der Verlauf des Aufstandes und sein tragisches Scheitern eine Mahnung, sich entweder ruhig zu verhalten und in die Privatheit des eigenen Lebens zurückzuziehen, oder aber zukünftige Veränderungen allenfalls auf dem Weg allmählicher Reformen anzustreben. So spielte der 17. Juni 1953 auch in den Oppositionskreisen der siebziger und achtziger Jahre nur eine untergeordnete Rolle; es wurde hier wenig vom Volksaufstand geredet.

Dennoch wäre es falsch, davon auszugehen, dass dieses Fanal des Protestes gegen die kommunistische Herrschaft in der Opposition gänzlich in Vergessenheit geraten sei. Ich selbst konstatierte im Juni 1989 in einem Interview für eine westdeutsche Rundfunkstation, die DDR benötige einen neuerlichen „17. Juni“. Auch als Warnung, wie eine unkontrollierte Massenbewegung die Staatsmacht zu gewaltsamem Eingreifen bringen, vor allem aber die sowjetische Besatzungsmacht auf den Plan rufen könnte, blieb dieses Datum uns Ostdeutschen immer präsent.

Der Juni-Aufstand ging auch den Westdeutschen unter die Haut. Regierung und Parteien waren tief aufgewühlt. Unter dem Eindruck der aufrüttelnden Ereignisse in der DDR wurde der 17. Juni bereits am 3. Juli 1953 vom Deutschen Bundestag zum „Tag der deutschen Einheit“ bestimmt. Der Tag des Aufstandes in der DDR wurde damit zum Nationalfeiertag in der Bundesrepublik. Jahr für Jahr sollte hinfert u.a. mit einer Gedenkveranstaltung im Bundestag an das Ereignis und seine Teilnehmer erinnert werden, damit das Staatsziel der Vollendung der deutschen Einheit nicht in Vergessenheit gerät.

Der Aufstand vom Juni 1953 war zum damaligen Zeitpunkt erfolglos, jedoch nicht vergeblich. Denn die Tage vom Sommer 1953 waren die erste entscheidende historische Zäsur und das erste Glied in einer Kette von mutigen Akten des Widerstandes gegen Unfreiheit und Unterdrückung durch die kommunistischen Diktaturen in Mittel- und Osteuropa. Er fand seine Nachfolge in Ungarn im Jahr 1956, im „Prager Frühling“ 1968 oder in den Ereignissen im Polen der achtziger Jahre.

Die Sehnsucht der Frauen und Männer des 17. Juni nach Freiheit und Selbstbestim-

mung konnte das totalitäre SED-Regime auf Dauer nicht auslöschen. Das bewiesen die Ostdeutschen 36 Jahre später im Herbst 1989, als sie erneut gegen die SED-Herrschaft aufbegehrt. Zu Hunderttausenden gingen Männer und Frauen in Leipzig, Plauen, Dresden und an vielen anderen Orten unter persönlichem Risiko auf die Straße, um für die Freiheit und bald auch für die Einheit einzutreten: Aus dem lauten Ruf „Wir sind das Volk!“ wurde schnell „Wir sind ein Volk!“. Im Unterschied zu 1953 griff die Sowjetunion nicht mehr ein, um die Herrschaft der SED zu retten. Dieses Mal waren die massenhaft vorgetragenen Forderungen des Volkes nach Demokratie, Freiheit und der Einheit Deutschlands von Erfolg gekrönt.

So wurde in der DDR das Vermächtnis von Freiheitsdrang, Tapferkeit und Bürgersinn aus dem Jahr 1953 mit der friedlichen Revolution von 1989/90 Wirklichkeit. Anders als 1953 gelang es den Demonstranten diesmal, die Macht des SED-Regimes, an dem ihre Eltern und Großeltern noch gescheitert waren, nachhaltig zu erschüttern und schließlich zum Einsturz zu bringen und damit die Voraussetzung für die Einheit Deutschlands zu schaffen.

Die Deutung der Junitage als Arbeiteraufstand, Volksaufstand oder gar gescheiterte Revolution, die lange Zeit kontrovers diskutiert wurde, ist heute kaum noch strittig. Die meisten kommen übereinstimmend zu dem Schluss, dass es sich 1953 um einen Volksaufstand gehandelt habe. Die Proteste gingen zwar zunächst von der Arbeiterschaft aus, erfassten jedoch innerhalb kürzester Zeit alle Teile der Bevölkerung in der ganzen DDR. Seite an Seite mit den Arbeitern demonstrierten Angestellte, Hausfrauen, Jugendliche und Vertreter des Mittelstandes. Wenn es „nur“ ein Arbeiteraufstand gewesen sein sollte, stünde er lediglich für eine einzelne Erscheinung in der ostdeutschen Geschichte. Ein Volksaufstand, gar eine Revolution, hingegen knüpft an 1848/49 und 1918/19 und muss als Vorläufer von 1989 gewertet werden. Und so war der 17. Juni eine genuine Volkserhebung, dem Anliegen verpflichtet, das damals auf den Transparenten zu lesen war oder skandiert wurde: „Wir wollen freie Menschen sein!“

In diesen Wochen und Monaten dringt der Juni-Aufstand erneut ins öffentliche Bewusstsein. Rund um seinen fünfzigsten

„Der 17. Juni war eine genuine Volkserhebung, dem Anliegen verpflichtet, das damals auf den Transparenten zu lesen war oder skandiert wurde: 'Wir wollen freie Menschen sein!'“

Jahrestag finden bundesweit fast 600 Veranstaltungen statt, die an den Volksaufstand erinnern, wie eine Übersicht der Stiftung Aufarbeitung dokumentiert. Zahlreiche Ausstellungen, Diskussionsrunden, Konferenzen und Festveranstaltungen, Schul- und Forschungsprojekte sowie Theaterprojekte und Wettbewerbe greifen das historische Ereignis auf. Eine wahre Flut von Büchern erscheint, die Fernsehsender strahlen gleich mehrere Fernsehfilme und Dokumentationen aus. So wird dem Aufstand der Ostdeutschen nach 50 Jahren eine neue Chance auf einen Platz im kollektiven Gedächtnis Deutschlands eröffnete.

Die Menschen in der DDR sind im Sommer 1953 für Demokratie, Recht und Freiheit, aber auch für die deutsche Einheit eingetreten und haben sich mit großem Mut gegen die Machthaber gestellt. Viele haben für diese Ziele ihr Leben geopfert oder mussten mit ihren Familien und Freunden Verfolgung und Unterdrückung erdulden. Der Aufstand vom 17. Juni und seine blutige Niederschlagung sind so zu einem Symbol des Kampfes gegen Diktatur, Mauer und Stacheldraht geworden. Von daher war es ein logischer Schritt, den 17. Juni in der Bundesrepublik als „Tag der deutschen Einheit“ zum mahnenden Nationalfeiertag zu erklären. Wurde anfangs noch unter reger Anteilnahme der Bevölkerung Jahr für Jahr der politischen Ereignisse in der DDR gedacht, entwickelte sich dieser Tag mehr und mehr zu einer sozialen Erregungenschaft – ein weiterer Feiertag zu günstiger Jahreszeit. Dennoch geriet der 17. Juni 1953 niemals in Vergessenheit, weder in Ost noch in West. Jahrzehntlang, solange es keine Einheit gab, war es der 17. Juni, an dem die Bundesrepublik an den Aufstand gegen die erzwungene Teilung Deutschlands erinnerte. Viele Ostdeutsche hätten sich gewünscht, bei diesen Gedenkveranstaltungen dabei sein zu können. Doch nur ein einziges Mal, im Jahre 1990, wurde der 17. Juni als arbeitsfreier Feiertag in Ost und West gemeinsam begangen und entfaltete so für einen kurzen Moment seine ursprüngliche Bedeutung für alle Deutschen. Danach wurde der Feiertag ohne große Diskussion abgeschafft zugunsten des neuen Tages der deutschen Einheit am 3. Oktober. Vielen Westdeutschen war er ein Tag der Verlegenheit geworden und die Ostdeutschen drängten nicht auf seine Beibehaltung. Dabei gehört der 17. Juni zu den demokrati-

schen Traditionen, die die Ostdeutschen ins vereinigte Deutschland einbrachten.

Den Staatsfeiertag abzuschaffen, der die Erinnerung an die Ereignisse in der DDR und an das gesamtdeutsche Bewusstsein wach halten sollte, war keine glückliche Entscheidung des gesamtdeutschen Parlaments. Das Datum des Beitritts der ostdeutschen Länder zur Bundesrepublik war nicht mehr als ein zufällig gewählter Termin. Der Vollzug der deutschen Einheit am 3. Oktober 1990 war das staatsrechtliche Ergebnis eines revolutionären Prozesses, der im Juni 1953 unterbrochen und im Herbst 1989 vollendet wurde. Der 17. Juni hätte stärker als der 3. Oktober dazu beigetragen können, daran zu erinnern, dass der Wille zu Freiheit und Einheit in Ostdeutschland damals nur durch Gewalt unterdrückt werden konnte. Die deutsche Geschichte ist nicht reich an Beispielen kollektiven Muts gegen eine diktatorische Obrigkeit. Ein solches Beispiel wäre auch im glücklich vereinigten Deutschland erinnerenswert!

Der Tag der deutschen Einheit am 3. Oktober ist untrennbar verbunden mit dem früheren Tag der deutschen Einheit. Die Wiedervereinigung konnte es schließlich nur geben, weil es vorher die Teilung gab. Und diese Teilung konnte letztlich nur deshalb überwunden werden, weil sich viele DDR-Bürger eben nicht mit dem Scheitern des Volksaufstandes vor 50 Jahren abgefunden hatten. Das sichtbare Symbol für das Nicht-Vergessen war der 17. Juni als gesetzlicher Feiertag im Westen. Und so ist das Parlament heute aufgerufen, im 50. Jahr dieses wahrhaft bedeutenden geschichtspolitischen Ereignisses für das ganze Deutschland den 17. Juni nunmehr zum gesetzlich gewürdigten Gedenktag zu erklären. Denn dieser Tag ist ein überaus geeignetes Datum, um der demokratischen Traditionen der deutschen Geschichte und Gegenwart, der Traditionen des Kampfes für Menschen- und Bürgerrechte und gegen Totalitarismus zu gedenken. Der 17. Juni sollte als gesetzlicher Gedenktag daran erinnern, dass ein Volk nur soviel Freiheit und Demokratie besitzt, wie es sich täglich neu erkämpft.

„Die deutsche Geschichte ist nicht reich an Beispielen kollektiven Muts gegen eine diktatorische Obrigkeit. Ein solches Beispiel wäre auch im glücklich vereinigten Deutschland erinnerenswert!“

*Anm.:
Rainer Eppelmann ist Mitglied des
Deutschen Bundestages und Obmann
der CDU/CSU im Ausschuss
Menschenrechte und humanitäre Hilfe*



„Was ist der Mensch?“ – Die politische Dimension des biblischen Menschenbildes

Albrecht Martin

„Entscheidend scheint mir in der ganzen Diskussion zu sein, dass der Mensch nicht dem Menschen verfügbar wird.“

Die Präambel des Grundgesetzes stellt fest, dass sich das Deutsche Volk „im Bewusstsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen“ dieses Grundgesetz gegeben habe. Damit ist eine ganz entscheidende Antwort auf die Frage nach dem Menschen und seinen Ordnungen gegeben: Er ist verantwortlich, und zwar verantwortlich einer ihm nicht verfügbaren Instanz. Es gehören die Auseinandersetzungen des Bundestages, in denen auf diese Aussage Bezug genommen wurde, zu den Sternstunden unseres Parlamentes. Und es gehört zu den Unbegreiflichkeiten unserer Zeit, dass ein evangelischer Pfarrer, Abgeordneter der Grünen, den Antrag auf Streichung des Gottesbezuges in der Präambel stellte.

Mir ist keine Epoche der Geschichte bekannt, in der der Mensch den Anspruch erhoben hätte, völlig autonom zu sein. Mindestens glaubte er, im Dienst einer Idee zu stehen, die sich allerdings als Produkt des Menschen erwies und regelmäßig schreckliche Folgen zeitigte. Vielleicht ist es ein Merkmal der Gegenwart, dass viele Menschen ohne das Gegenüber einer von ihnen unabhängigen Instanz in den Tag hinein leben zu können glauben, auch ohne sich selbst in den Dienst einer Idee zu stellen. Dieser im wahrsten Sinn ungläubige Mensch ist kein Heide, denn dieser lebt im Wissen seiner Abhängigkeit von einer Gottheit.

Für den Christen ist der Mensch ein Geschöpf Gottes. Das Gegenüber des Menschen zu Gott ist also ein beständiges, nicht ein auf den Schöpfungsakt beschränktes, wie es etwa der Deismus gedacht hat.

AUFTRAG UND VERANTWORTUNG DES MENSCHEN

Die Verantwortlichkeit des Menschen vor Gott folgt auch aus seiner Beauftragung,

„den Garten zu bebauen“. Auftrag und Begrenzung seines Tuns machen die Verantwortlichkeit sichtbar. Gleichzeitig wird darin die Beziehung zur gesamten Schöpfung hergestellt. Der Mensch ist als Mandatar, als Beauftragter Gottes, für die Schöpfung Gottes verantwortlich. Gerade darin wird die besondere Stellung des Menschen vor Gott sichtbar. Das muss heute aus zwei gegenteiligen Gründen betont werden; denn einmal neigt der Mensch dazu, sein Verhältnis zur Schöpfung rein unter dem Gesichtspunkt des augenblicklichen Nutzens zu sehen. Es sei angemerkt, dass der Vorwurf, der Raubbau an der Natur sei durch das Wort „Machet euch die Erde untertan“ begründet worden, erst in einer Zeit möglich wurde, die nicht mehr wusste, dass das Untertanenverhältnis ein Verhältnis auf Gegenseitigkeit war. Im Gegensatz gegen einen gedankenlosen Umgang mit und einen Verbrauch der Natur kommt es heute bisweilen zu einer Einstellung, die unangemessen ist und dem „Prinzip Verantwortung“ auch nicht gerecht wird.

Die Frage „Was ist der Mensch?“ wird heute oft verkürzt auf die beiden Fragen: „Wann beginnt menschliches Leben?“ und „Wann endet menschliches Leben?“ Im Grunde geht es dabei immer darum, die Grenzen der Verfügbarkeit menschlichen Lebens festzustellen und nach Möglichkeit dann unter dem Gesichtspunkt der Nützlichkeit zu verschieben. Entscheidend erscheint mir in der ganzen Diskussion zu sein, dass der Mensch nicht dem Menschen verfügbar wird.

Unbeschadet der Betonung der Würde des Menschen ist der Mensch Geschöpf, Geschöpf Gottes. Er ist in vielfältiger Weise mit der gesamten Schöpfung verbunden. Wie andere Lebewesen wird er gezeugt, wird er geboren, lebt durch die Aufnahme von Nahrung und stirbt. Und doch ist er kein Lebewesen wie die anderen, und dieser Unterschied ist nicht darin begründet, dass er über sehr viel größere und sehr viel weiter entwickelte Fähigkeiten, besonders auf intellektuellem Gebiet, verfügt, sondern in seinem Gottesverhältnis. Das begründet seine besondere Würde und ruft ihn in eine besondere Verantwortung. Auch wenn er diese Verantwortung aus Gründen seiner Entwicklung oder einer Krankheit nicht wahrnehmen kann, seine besondere Würde wird dadurch nicht tangiert. Das bedeutet nicht, dass andere Menschen in bestimmten Fällen für ihn nicht Verantwortung wahrnehmen könnten oder auch sollten.

Geschieht das in verantwortlicher Weise, wird dadurch sogar seine Würde geschützt.

Jeder Versuch einer Antwort auf die Frage „Was ist der Mensch?“ muss grundsätzlich davon ausgehen, dass es „den Menschen“ nicht gibt. Es gibt ihn nur im Gegenüber zu einem oder vielen anderen und im Miteinander mit vielen anderen Menschen. Das hat zur Folge, dass es nicht nur eine Verantwortung vor Gott gibt, sondern – von dieser abgeleitet – auch eine Verantwortung vor den Menschen und für Menschen; letztere wurde schon erwähnt. Die Geschichte lehrt, dass eine Verantwortung allein vor den Menschen keine Gewähr dafür bietet, dass die Würde des Menschen gewahrt wird. Aber das vorausgesetzt, ist die Verantwortung vor und für die Mitmenschen die Grundlage jeder Rechtsordnung und der ihr zugrunde liegenden Ethik.

DER MENSCH UND SEINE LEBENSBEZÜGE

Ordnungen muss es geben, weil der Mensch immer wieder und von Anfang an der Versuchung erliegt, unverantwortlich zu handeln. Aber es ist zu betonen, dass der Hinweis auf das kulturelle Umfeld oder auf besondere Situationen nicht jede Ordnung begründen oder entschuldigen kann. Es ist ja interessant, dass wir ein nicht den Maßstäben der Ordnung und der ihr zugrunde liegenden Verantwortung orientiertes Handeln als Willkür bezeichnen.

Nun gehört zum Menschen der Trieb, zu immer neuen Bereichen des Erkennens vorzudringen. Ich bin nicht der Meinung, dass es Grenzen des Nicht-Wissen-Wollens gibt. Die Grenze, die wir respektieren müssen, liegt in der Anerkennung des Herrseins Gottes und

„Die Geschichte lehrt, dass eine Verantwortung allein vor den Menschen keine Gewähr dafür bietet, dass die Würde des Menschen gewahrt wird.“

Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU



Pressemitteilung vom 22. 5. 03

Globalisierung bedeutet eine Chance für Ökonomie und Ökumene

Mit viel Freude und Zustimmung begrüßt der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU (EAK) die soeben vom Arbeitskreis Evangelischer Unternehmer in Deutschland e.V. (AEU) und vom Bund Katholischer Unternehmer e.V. (BKU) gemeinsam herausgegebene Stellungnahme unter dem Titel „Globalisierung – Chance für alle“. Es ist besonders erwähnenswert, dass im Vorfeld des 1. Ökumenischen Kirchentages deutlich gemacht wird, dass unternehmerisch tätige Christen der beiden großen Konfessionen dem Schwanengesang der Globalisierungsgegner in argumentativ überzeugender Weise etwas Wesentliches zu erwidern haben.

Entgegen der insbesondere in vielen kirchlichen Kreisen weit verbreiteten, einseitigen Ablehnung der Globalisierung und der vorurteilsbeladenen Betonung ihrer Risiken und Nachteile, muss verdeutlicht werden, dass auch die Chancen und die segensvollen Früchte der Globalisierungsprozesse enorm sind. Damit darf zwar keinesfalls eine Leugnung der Probleme und z. T. umwälzenden Begleiterscheinungen einher gehen, aber in einer immer mehr zusammenrückenden und zusammenwachsenden Welt ist ein neues globales Bewusstsein von Nöten. Im wohlverstandenen Sinne kann die Globalisierung sowohl Demokratie, wirtschaftliche Freiheit, Wohlstand, Völkerverständigung als auch die Etablierung der Menschenrechte fördern.

Dafür müssen wir uns als Christen auf der ganzen Erde aktiv einsetzen, denn wir sind hier ganz besonders – in ökumenischer wie ökonomischer Perspektive – gefordert, die letztlich unaufhaltsamen Prozesse der Globalisierung verantwortlich und mutig mitzugestalten. Kleinkariertes Krämertum und weltoffener Geist passen nun einmal nicht zusammen. Segensreiche ökumenische Völkerverständigung und lebensförderliche Ökonomie sind Geschwister ein und desselben der Welt zugewandten und freudigen Gestaltungswillens! Das muss sich vielleicht auch unter uns Christen noch in größerem Maße herumsprechen!

unserer Verantwortung vor ihm. Das setzt unserem Forschen heute z. B. am Menschen dort Grenzen, wo dessen Würde tangiert wird. Aber eine wie immer sich begründete Wissenschaftsfeindlichkeit ist mit unserem Bild vom Menschen als dem Ebenbild Gottes nicht zu begründen. Ergebnisse wissenschaftlicher Arbeit sind falsch oder richtig, aber nicht Fragen des Glaubens oder des Unglaubens.

Der Mensch ist auf Gemeinschaft hin geschaffen. Er kann nicht leben ohne das Miteinander mit anderen Menschen. Der Mensch kann sein Leben verfehlen, wenn er sein Bezogensein auf die anderen leugnet. Das heute vielfach propagierte Ideal der Selbstverwirklichung verkennt diese Abhängigkeit des Menschen vom Menschen. Sie hat übrigens nichts zu tun mit der Individualität des Menschen und seinem Recht, diese zu entfalten.

Der Mensch ist Mensch als Frau oder Mann, vielfältig aufeinander bezogen und doch völlig eigenständig in seiner Würde als Mann oder Frau. Wenn es in der Schöpfungsgeschichte heißt, dass die Frau Gehilfin des Mannes sein solle, so ist damit gerade betont, dass es sich um eine Gemeinschaft handelt, deren Sinn sich keineswegs in der Sicherung der Nachkommenschaft erschöpft. Dass der Mensch auch in der Wahrnehmung der Aufgabe, Nachkommen zu sichern, nicht bloß seiner Kreatürlichkeit folgt, zeigt sich auch darin, dass es von den Anfängen menschlicher Kultur an immer eine von der Gemeinschaft gesetzte und geschützte Ordnung des Zusammenlebens der Geschlechter gegeben hat. Die Ausgestaltung dieser Ordnung war freilich von sich wandelnden wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und religiösen Faktoren abhängig. Für uns ist heute entscheidend, zu einer Ordnung des Zusammenlebens von Frau und Mann zu kommen, in der die Würde der Partner respektiert und die Verantwortung für einander und für die Gestaltung der Zukunft wahrgenommen werden kann und geschützt wird.

Der Mensch lebt in einer durch Sprache und Kultur, durch politische Zielsetzung und Landschaft, kurz: durch Geschichte geprägten Gemeinschaft. Er wird durch die Gemeinschaft in vielfältiger Weise geprägt, und umgekehrt nimmt er, wenn auch in unterschiedlicher Intensität, Einfluss auf diese Gemeinschaft. Indem der Mensch Mitglied einer durch eine bestimmte Kultur

geprägten Gemeinschaft ist, erfährt er reiche Möglichkeiten eigener Entfaltung, andererseits aber durch die Erfahrung der Fremdheit Grenzen der eigenen Existenz. Diese Erfahrung kann also für ihn Chance, aber auch Gefährdung, ja Bedrohung bedeuten. Unverantwortliches Handeln in der Begegnung mit dem Fremden kann wegen der dadurch möglichen Entbindung außerordentlicher Kräfte zu tief wirkenden Katastrophen führen. Deshalb ist verantwortliches Handeln in diesem Bereich von besonderer Bedeutung, zumal der Mensch durch die Entwicklung von Massenvernichtungswaffen die Fähigkeit gewonnen hat, die Menschheit oder doch große Teile von ihr zu vernichten.

Die Bedeutung der von der Geschichte geprägten Gemeinschaft für den Menschen wird nicht zuletzt daran sichtbar und wirksam, dass er Freiheit nicht nur als einzelne Person erfährt, sondern auch – und das mit sehr weit wirkenden Folgen – als Mitglied einer politischen Gemeinschaft, sei es nun die Gemeinschaft des Stammes, eines Volkes, einer Nation oder einer Gemeinschaft von Nationen. Offenbar gehört solches Eingebettetsein in eine größere Gemeinschaft zu den Voraussetzungen der Entfaltung menschlichen Lebens, auch wenn es zur Befriedigung der kreatürlichen Bedürfnisse nicht mehr nötig ist. Zum Menschen gehört aber auch, dass dieses Eingebunden- und Eingebettetsein sein Freiheitsverständnis mit dem Selbstverständnis der Gemeinschaft in Konflikt bringen kann. Auch deshalb ist der Gottesbezug in unserer Verfassung so wichtig, weil damit die politische Gemeinschaft Grenzen ihrer Verfügungsgewalt über den Einzelnen anerkennt.

Der Mensch kann über sich selbst nachdenken, nach dem Sinn und Ziel seines Lebens, nach der Bedeutung der ihn umgebenden Welt für ihn und nach seiner eigenen Bedeutung für die ihn umgebende Welt fragen. Diese Fähigkeit ist Teil seiner Würde. Sie zu entfalten und zu stärken ist wesentlicher Auftrag des Einzelnen und der Gemeinschaft, in der er lebt. Das unterscheidet jede an der Würde des Menschen und seiner Verantwortung orientierte Erziehung von einer Abrichtung, die auf die Vermittlung mechanischer Fertigkeiten der Hand und des Geistes zielt. Eine Bildungspolitik z. B., die die Frage nach Gott ausklammert, tangiert die Würde des Menschen, weil die Frage nach der Verantwortlichkeit nicht gestellt wird.

„Eine Bildungspolitik, die die Frage nach Gott ausklammert, tangiert die Würde des Menschen, weil die Frage nach der Verantwortlichkeit nicht gestellt wird.“

GOTTESFEINDSCHAFT UND MENSCHENFEINDSCHAFT

Wir sind bisher immer wieder auf die Überzeugung gestoßen, dass der Mensch als Geschöpf Gottes Verantwortung trage. Dieser Verantwortung wird er aber immer wieder nicht gerecht, sondern er sündigt. Das ist mehr als die Verletzung von Regeln oder Geboten. „Sünde ist jeglicher Ungehorsam gegen Gottes Gebot und Feindschaft gegen ihn“, sagt der Katechismus. Verletzung der Regeln und Gesetze des Staates und der Gesellschaft ist gewiss schlimm, aber der Ungehorsam gegen Gottes Gebot hat eine andere Qualität, so wie der Ungehorsam der Kinder, den Eltern erfahren, eine eigene Qualität hat. Gerade weil Gott dem Menschen so nahe sein will, gerade weil er ihm Auftrag und Chancen gegeben hat, wirkt Sünde so zerstörerisch, und zwar für das Verhältnis zu Gott und für das Verhältnis zu den Mitmenschen. Der Feind Gottes ist immer auch Feind der Menschen. Wir merken, dass unser Verhältnis zu Gott gestört ist, zuerst an der Störung unseres Verhältnisses zum Mitmenschen; die Gottesfeindschaft zieht die Feindschaft gegen die Menschen nach sich. Ja, die Geschichte zeigt, dass der Mensch sogar glauben kann, dass die Feindschaft gegen andere Menschen ein geeignetes Mittel sei, die Feindschaft gegen Gott zu überwinden. Der Mitmensch wird zum Feind, weil man so Gottes Freund zu werden hofft. Der Mensch kann also auf zweifache Weise Sünder sein: einmal indem er sich selbst an Gottes Stelle zu setzen versucht, oder indem er meint, er könne das Verhältnis zu Gott von sich aus wieder in Ordnung bringen. In beiden Fällen verstrickt er sich immer tiefer in Schuld, ohne dass er sich dessen bewusst wäre. Im ersten Fall fragt der Mensch gar nicht nach

Gott, der zweite Fall war z. B. das Problem Luthers vor seiner Entdeckung der Rechtfertigung allein aus Gnade allein durch Glauben.

Indem der Mensch durch den Glauben an die uns in Jesus offenbar gewordene Gnade erfährt, dass Gott ihn trotz aller Schuld liebt, gewinnt er ein neues Verhältnis zu Gott und den Mitmenschen. Gott kann wieder als der liebende Vater erkannt und der Mitmensch als Bruder und Schwester begriffen werden. Alles, was über die Würde des Menschen und über sein Verantwortlich-Sein gesagt wurde, erhält seine Bedeutung und inhaltliche Bestimmung von dieser Botschaft. Erneut wird deutlich, dass man über den Menschen nicht reden kann, ohne ihn in seiner Gottesbeziehung zu sehen.

Es ist am Tage, welche Bedeutung diese Sicht vom Menschen für die gesamte Ordnung der sozialen Verhältnisse hat. Die geistige und politische Geschichte Europas und der von Europa geprägten Welt ist nur von dem durch die biblische Botschaft geprägten Bild vom Menschen und seiner Bestreitung zu verstehen. Damit aber erhält die Frage nach dem „Bild vom Menschen in biblischer Sicht“ eine politische Dimension. Angesichts der weltweiten Auswirkungen, die politische Entscheidungen heute haben können, und in Anbetracht der Tatsache, dass der Mensch heute den Menschen bis ins Innerste seines Wesens hinein manipulieren kann, erhält die Frage „Was ist der Mensch?“ immer größere Bedeutung. Antworten können nur in der Verantwortung vor Gott gefunden werden.

*Anm.:
Albrecht Martin war von 1984 – 1990
Bundesvorsitzender des EAK*



Seit Dezember 2002 haben insgesamt 267 Leserinnen und Leser 13.008,33 Euro für die Evangelische Verantwortung gespendet.

Wir möchten uns herzlich bei Ihnen für diese Unterstützung bedanken.

Unterstützen Sie die Arbeit des EAK der CDU/CSU:

Konto: Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Konto-Nr. 112 100-500 oder Sparkasse Bonn, BLZ 380 500 00, Konto-Nr. 56 267

Informieren Sie sich über die Arbeit des EAK:

Internet: www.evangelischer-arbeitskreis.de



Evangelisches Gymnasium am Dom zu Brandenburg

Prof. Dr.-Ing. Helmut Reihlen

„SUCHET DER STADT BESTES“

„Hier sollen Schülerinnen und Schüler lernen, ihr Leben in Verantwortung vor Gott zu gestalten, hier sollen sie lebens-tüchtig werden, hier sollen sie gemeinsam die uns Menschen übertragene Ver-antwortung für Gerechtigkeit, Frieden und einen klugen Umgang mit Gottes Schöp-fung einüben.“

Der Dom zu Brandenburg ist seit al-tern her ein Ort kirchlicher Bildungs-verantwortung gewesen. Im Mittelalter war es die Domschule für die Novizen des Prämonstratenser-Chorherrenstifts. In der Neuzeit war es über 240 Jahre die „Ritterakademie auf dem Dom zu Brandenburg“. 1705 von König Friedrich I. für den märkischen Adel gegründet, öffnete sie sich seit 1841 auch Söhnen bürgerlicher Rittergutsbesitzer und des städtischen brandenburger Bürgertums und wandelte sich zum humanistischen Gymnasium. Diese Schule wurde für Generationen von „Zöglingen“ zur ihren Lebensweg prägenden Erfahrung. Die Bindekraft, die das Schulleben entfaltete, dokumentiert sich noch heute in dem Engagement vieler Zöglinge für den Erhalt und die Zukunft des Brandenburger Doms und der zu ihm gehörenden Einrichtungen. Die Nationalsozialisten haben die Ritterakademie geschlossen. Unter der kommunistischen Herrschaft, gab es keine Chance, sie wieder zu errichten.

Nach der Wende machten sich auch in der Stadt Brandenburg Menschen stark für die Erneuerung des Schulwesens. So entstand im Anfang der 90er Jahre im kirchlichen Raum eine Initiative zur Gründung eines Christlichen Gymnasiums. Es gab Schwierigkeiten, Enttäuschungen und im September 2000 einen ersten großen Erfolg: Die Eröffnung einer Evangelischen Grundschule in den Räumen der alten Ritterakademie. Im Sommer 2006 wird der erste Jahrgang die Grundschule abgeschlossen haben. Dessen Eltern, aber auch viele andere, Christen und Nicht-Christen, wünschen eine christlich orientierte weiterführende Schule. Darauf will die Evangelische Kirche in Berlin- Brandenburg mit einem zweizügigen Evangelischen Gymnasiums am Dom zu Brandenburg mit 350 Schülern antworten.

CHRISTLICHES PROFIL

Das Domgymnasium wird eine christliche Schule sein. Hier sollen Schülerinnen und Schüler lernen, ihr Leben in Verantwortung vor Gott zu

gestalten; hier sollen sie lernen und lebens-tüchtig werden; hier sollen sie gemeinsam die uns Menschen übertragene Verantwortung für Gerechtigkeit, Frieden und einen klugen Umgang mit Gottes Schöpfung einüben. Das Domgymnasium wird ein Ort gemeinsamen Lebens sein, für den sich Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer und Eltern gemeinsam verantwortlich wissen. Der Religionsunterricht wird fester Bestandteil des Fächerkanons sein. Die religiöse Dimension kommt auch in anderen Fächern zur Sprache, so in den ethischen Konsequenzen des Christlichen Glaubens, in geschichtlichen und literarischen Bezügen und im interreligiösen Dialog. Wesentlicher Bestandteil des Schullebens sind gemeinsame Riten für Beginn und Ende des Schultages, der Schulwoche, des Schuljahres. Das Kirchenjahr strukturiert das Schulleben mit gemeinsam vorbereiteten Feiern. Diakonische Projekte öffnen den Blick für die praktische Seite christlicher Existenz. Das Domgymnasium – wie schon die Grundschule – wird offen sein für Angehörige anderer christlicher Kirchen, auch für Angehörige anderer Religionen und für religiös nicht gebundene Menschen.

GANZTAGSSCHULE MIT REFORMPÄDAGOGISCHER ORIENTIERUNG

Gesellschaft und Schule erleben nachhaltige Veränderungen. Innovative Sozial-, Lern- und Arbeitsformen sind die pädagogische Antwort darauf. Sie haben sich in vielen evangelischen Grundschulen und Gymnasien bewährt. Das Domgymnasium wird diese pädagogischen Impulse aufnehmen und ein zukunftsweisendes Unterrichtskonzept entwickeln. Es zielt auf eigenverantwortliches Lernen und Arbeiten. Methodisch sollen dabei neben „klassischem“ Unterricht reformpädagogische Organisationsformen wie Freiarbeit, Wochenplanarbeit, Stationenarbeit und Projektarbeit zum Einsatz kommen.

Auf der Dominsel fügt sich das Domgymnasium in einen Kranz sich wechselseitig befruchtender kirchlicher Einrichtungen: Domgemeinde, Dommusik, Predigerseminar, Pastoralkolleg, Pädagogisch-Theologisches Institut, Dommuseum, Domarchiv und Dombibliothek, Evangelische Grundschule, Kindergarten und Hort, Forst- und Landwirtschaft des Domstifts. Das Gebäudeensemble von Domkirche, Domklausur, dem umgebenden Kranz der Domkurien und der Klostermauer bildet zusammen mit ausgedehnten Grün- und Wasserflächen einen geschützten Raum. Als eigene kleine Welt hinterläßt das Domensemble einen lebendigen Eindruck von der historischen Tiefe des Ortes. Es lädt ein zu Kon-

zentration und Lernen und zu gemeinsamem Leben. Das Domgymnasium soll als Ganztagschule errichtet werden. Es entspricht damit dem Wunsch vieler Eltern nach Vereinbarkeit von Familie und Berufstätigkeit. Außerdem macht das reformpädagogische Profil der Schule ein Ganztagsangebot notwendig. Die Errichtung eines Internats – wie es die Ritterakademie war – ist in Zukunft möglich.

CHRISTEN IN DEN NEUEN BUNDESLÄNDERN: EINE MINDERHEIT MIT ZUKUNFT

Alle Initiativen zur Gründung christlicher Schulen in den neuen Bundesländern haben Wichtiges gemeinsam. Sie alle sind Teil einer langfristigen missionarischen Strategie in einer Gesellschaft, in der die Menschen in ihrer großen Mehrheit dem christlichen Glauben und der Kirche fremd geworden sind. Die Evangelische Kirche will bei diesen, dem Glauben fernen Menschen sein, Ihnen die gute Botschaft von Jesus Christus nahebringen. Sie tut das auf vielen Wegen. Erinnert sei an die Diakonie, die Kirchenmusik, die Evangelischen Akademien, die Kirchentage, den Erhalt Stadtbild prägender, Geschichte erinnernder Gebäude und Museen. Einer dieser Wege ist die aktive Mitarbeit im Bildungswesen, sei es durch Bildungsarbeit in den Gemeinden, sei es durch innerkirchliche Bildungseinrichtungen, sei es durch Religionsunterricht in den staatlichen Schulen, sei es

durch öffentliche Schulen in kirchlicher Trägerschaft. Evangelische Schulen befruchten das Schulwesen insgesamt. Dies gilt in besonderer Weise für das Schulwesen in den neuen Bundesländern. Evangelische Gymnasien können hier eine besonders wichtige Rolle spielen. Die Erfahrung lehrt: Sie prägen das Bewußtsein von Führungspersönlichkeiten, sie schaffen lebenslange Bindungen.

DAS DOMSTIFT BRAUCHT DRINGEN FINANZIELLE HILFE ZUR ERRICHTUNG DES DOMGYMNASIUMS

Die Konstellation ist günstig wie selten: Es gibt eine für das Domgymnasium motivierte Elternschaft. Stadt und Land Brandenburg bejahen das Vorhaben. Die Kosten des Schulbetriebs lassen sich aus den staatlichen Zuschüssen, den Elternbeiträgen und Starthilfen der Evangelischen Schulstiftung decken. Notwendig und ungedeckt ist die Sanierung des Schulgebäudes in Domnähe, einer alten DDR-Plattenbauschule. Der Aufwand beträgt 2,5 Mio. Euro. Die Evangelische Kirche in Berlin Brandenburg kann das allein nicht schaffen. Sie braucht Hilfe. Falls Sie dieses Projekt unterstützen möchten, steht der Autor für weitere Auskünfte gern zur Verfügung.

Anm.:
Prof. Dr.-Ing. Helmut Reihlen ist
Kurator des Domstifts Brandenburg

„Alle Initiativen zur Gründung christlicher Schulen in den neuen Bundesländern haben Wichtiges gemeinsam. Sie alle sind Teil einer langfristigen missionarischen Strategie in einer Gesellschaft, in der die Menschen in ihrer großen Mehrheit dem christlichen Glauben und der Kirche fremd geworden sind.“

Rachel: CDU/CSU berufen zwei Theologen in Enquete-Kommission.

Das EAK – Bundesvorstandsmitglied Thomas Rachel MdB ist Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in der neuen Enquete-Kommission „Ethik und Recht der modernen Medizin“ des Deutschen Bundestages. Das Gremium wird sowohl Chancen als auch Risiken der modernen Medizin beraten und Vorschläge für das Handeln des Parlaments in bioethischen Fragestellungen entwickeln.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion berief fünf Sachverständige als Mitglieder der Enquete-Kommission:

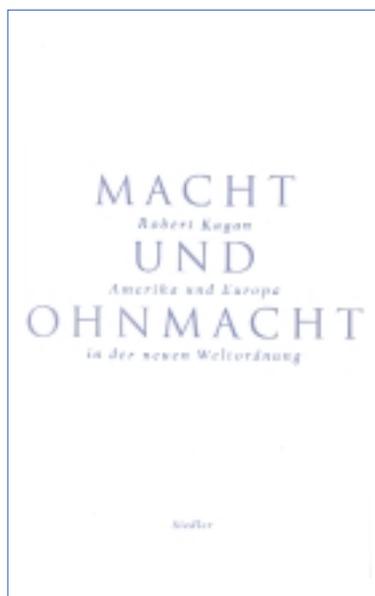
- Prof. Dr. Johannes Reiter, Professor für katholische Moraltheologie
- Prof. Dr. Wilfried Härle, Professor für systematische Theologie und Vorsitzender der Kammer für öffentliche Verantwortung der Evangelischen Kirche Deutschlands
- Prof. Dr. med. Eberhard Klaschik, Professor für Palliativmedizin
- Prof. Dr. Bärbel Friedrich, Vizepräsidentin der Deutschen Forschungsgemeinschaft, sowie
- Rainer Beckmann, Jurist.

Thomas Rachel MdB zeigte sich zufrieden mit der Zusammenstellung der Sachverständigen: „Mir war es wichtig, dass wir als „C-Partei“ sowohl einen Vertreter der katholischen als auch der evangelischen Theologie berufen und damit beide Konfessionen einbeziehen. Denn die Fragen der Bioethik betreffen meist unmittelbar das Wesen des Menschen. Die Berücksichtigung der Kirchen war mir besonders im Hinblick auf die großen Themen „Sterbehilfe“, Sterbebegleitung und Patientenverfügungen ein Anliegen. Hier spielen die Kirchen eine herausragende Rolle und haben eine große gesellschaftliche Bedeutung.“

Evangelisches Leserforum

**Robert Kagan,
Macht und Ohnmacht.
Amerika und Europa in
der neuen Weltordnung,
Siedler Verlag, Berlin 2003,
gebunden, 127 Seiten, 16,00 EUR,
ISBN 3-88680-7940.**

Zwei Männer gehen durch einen Wald. Der eine von ihnen ist mit einem Messer, der andere mit einem Gewehr bewaffnet. Sie treffen auf einen Bären. Was werden die beiden Männer tun? Derjenige von ihnen, der mit dem Messer ausgerüstet ist, gelangt höchstwahrscheinlich zu der Überzeugung, dass ein Bär, der durch den Wald streift, eine – im Vergleich zu der Alternative, den Bären mit dem Messer zu erlegen – hinnehmbare Gefahr sei. Er wird sich ruhig zu verhalten und darauf hoffen, dass ihn der Bär nicht angreift. Der andere Mann hingegen wird die Situation sicherlich anders einschätzen und den Bären erschießen. Schließlich läuft er Gefahr, selbst von dem Tier angegriffen und eventuell getötet zu werden.



Dieses Vergleiches bedient sich der Autor Robert Kagan in seinem durchaus lesenswerten Essay „Macht und Ohnmacht“, um die weltpolitische Lage zu beschreiben: Amerika als der Mann mit dem Gewehr, Europa als der Mann mit dem Messer. Kagan, von 1984 bis 1998 Mitarbeiter im Außenministerium der Vereinigten Staaten, Kolumnist der Washington Post und Senior Associate der Stiftung „Carnegie Endowment for international Peace“, beschreibt klar und pointiert, wie es zu dem beschriebenen Machtgefälle kam und was es für die derzeitige Politik Amerikas und Europas bedeutet. Am Schluss seiner Betrachtungen gibt er einen Ausblick darauf, was seiner Ansicht nach dazu beitragen könnte, dass Europäer und Amerikaner wieder zueinander finden. Den „tiefen Graben, der sich zwischen den Vereinigten Staaten und Europa geöffnet hat“ (S. 15), konstatiert Kagan am Beginn seiner Ausführungen.

Wie kam es seiner Meinung nach zu dieser Kluft? Aus dem Ersten Weltkrieg ging Europa nachhaltig geschwächt hervor, der Zweite Weltkrieg zerstörte endgültig den Weltmachtstatus der europäischen Staaten. Damit einhergehend wuchs die militärische Abhängigkeit Europas von den USA ständig. Das Ende des Kalten Krieges führte schließlich zu einer Vergrößerung des ohnehin schon bestehenden Machtgefälles: Die Europäer waren weder bereit, das nötige Geld aufzubringen, das für die außereuropäische Einsatzfähigkeit ihrer Streitkräfte nötig gewesen wäre, noch waren sie willens, ihre Streitkräfte finanziell so auszustatten, dass sie wenigstens kleinere militärische Operationen innerhalb Europas ohne amerikanische Hilfe hätten durchführen können. Stattdessen investierten sie lieber in den Ausbau

des Sozialstaates und machten es sich im „postmodernen Paradies“ – so die Überschrift eines Kapitels des Buches – behaglich. Auf der anderen Seite trug der Zusammenbruch des Sowjetimperiums zur Stärkung der USA bei, die nun keinen ernst zu nehmenden Gegner mehr zu fürchten brauchten. Die Konsequenz dieses „unipolaren Moments“ (S. 32) war die erhöhte Bereitschaft Amerikas, im Ausland militärische Macht einzusetzen. Zudem wuchs in den USA der Unmut darüber, dass die europäischen Verbündeten, die so schlecht für einen Krieg gerüstet waren, den

Amerikanern Beschränkungen auferlegten, indem sie mit dem Hinweis auf „völkerrechtliche Fragen“ eine schlagkräftige Kriegsführung verhinderten. Dieses Machtungleichgewicht führte laut Kagan dazu, dass das transatlantische Gefüge Ende der neunziger Jahre allmählich ins Wanken geriet.

Nun gibt es nicht nur Bären, vor denen man sich hüten sollte, auch Wölfe gehören zu jenen Tieren, denen man nicht unbedingt in freier Wildbahn begegnen möchte. Thomas Hobbes ging davon aus, dass die Wölfe mitten unter uns weilen, in dem Sinne, dass der Mensch dem Menschen ein Wolf sei (homo homini lupus). In diesem Hobbesschen Weltverständnis samt seiner Rechtfertigung der staatlichen Gewalt leben nach Kagan die Amerikaner. Die Europäer hingegen haben – da sie sich jahrzehntelang im Schutz der amerikanischen Macht wussten – die Hobbessche

Welt der Gesetzlosigkeit verlassen und sind in die Kantische Welt des ewigen Friedens mit ihren Regeln für die Organisation einer Weltgemeinschaft, für einen Völkerbund und für ein verbindliches Völkerrecht eingetreten.

Damit Europa und Amerika zukünftig nicht in zwei Parallelwelten leben, sondern wieder den Weg zueinander finden, rät Kagan den Europäern, sie sollten lernen damit umzugehen, dass Amerika gelegentlich die postmodernen Normen Europas verletze. Schließlich müssten auch sie einsehen, dass die Vormachtstellung Amerikas für die Welt und besonders für Europa eine unabdingbare Notwendigkeit sei – erst recht, wenn sich Europa sein Paradies bewahren möchte.

Die Stärke des Buches liegt weniger in seinem Schlussteil – am Ende des Buches fordert Kagan etwas hilflos mehr Verständnis

der beiden Parteien füreinander – als vielmehr in seiner nüchternen und kenntnisreichen Analyse der Materie. Bei Sätzen wie: der UN-Sicherheitsrat sei „ein Substitut für die Macht“, die den Europäern „im Übrigen fehlt“ (S. 49), ist sicherlich Skepsis angebracht, erst recht, wenn er aus der Feder eines Amerikaners stammt. Der Kantisch geprägte Leser mag im Verlauf der Lektüre die eine oder andere Kröte schlucken, doch er wird dem Autor am Ende des Buches verzeihen, denn die Klarheit der Darstellung wird ihn entschädigen. Das Buch ist eine Pflichtlektüre für alle politisch und historisch interessierten Leser, besonders vor dem Hintergrund der Diskussionen der vergangenen Wochen und Monate und jenen, die in naher Zukunft auf uns zukommen werden.

Anm.:

Melanie Liebscher ist Referentin des EAK

Die Geschichte des EAK!

Das Buch zum 50-jährigen Jubiläum des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU

+ Autogrammkarten von Altbundeskanzler Dr. Helmut Kohl und dem Bundesvorsitzenden des EAK, Jochen Borchert (zur Erinnerung an die Veranstaltungen des EAK anlässlich des 1. Ökumenischen Kirchentages 2003 in Berlin).

– NUR SOLANGE VORRAT REICHT! –



Zum Preis von 12,- Euro (inkl. Porto- und Versandkosten).

Zu beziehen über:

Bundesgeschäftsstelle des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK),

Klingelhöferstraße 8,
10785 Berlin,

Telefon: 0 30-22 07 04 32,
Telefax: 0 30-22 07 04 36,
E-Mail: eak@cdu.de

Aus unserer Arbeit

Antrittsbesuch des EAK-Landesvorstandes bei Erwin Teufel

Der geschäftsführende Vorstand des im vergangenen Jahr gegründeten Landesverbandes Baden-Württemberg des Ev. Arbeitskrei-



v. l.: Hannelore Laukemann, Franz Doleschal, Ulrich Jank, Johannes Bräuchle, Martina Sturm, Ministerpräsident Erwin Teufel, Hans-Michael Bender und Prof. Dr. Hans-Martin Pawlowski

ses der CDU/CSU (EAK) mit dem Landesvorsitzenden Hans-Michael Bender an der Spitze wurde von Ministerpräsident Erwin Teufel zu einem Gedankenaustausch in der Villa Reizenstein empfangen. Erwin Teufel begrüßte es als CDU-Landesvorsitzender, dass aus den Landesverbänden Baden und Württemberg ein vereinter EAK-Landesverband Baden-Württemberg geschaffen werden konnte und forderte die anwesenden EAK-Vertreterinnen und Vertreter auf, sich aktiv für die christlichen Belange in der Landes-CDU einzubringen. Themen des ausführlichen Gespräches waren der Gottesbezug in der EU-Verfassung, die Stärkung von Ehe und Familie, der 1. Ökumenische Kirchentag in Berlin, die Einrichtung eines Lehrstuhles für evangelikale Theologie sowie die kirchlichen Ausbildungsstätten. Hans-Michael Bender bestärkte dabei Erwin Teufel als Mitglied

des EU-Verfassungskonventes, eine religiöse Formel angelehnt an die polnische Verfassung in das europäische Vertragswerk einzuführen. Erwin Teufel zeigte sich erleichtert, dass in der Frage des Staatskirchenrechts die EU die nationalen Identitäten nicht anrühren will. Auf Einladung von Hans-Michael Bender wird Erwin Teufel am 18. Oktober zur EAK-Landestagung nach Stuttgart kommen. Im Bild zu sehen sind (von links nach rechts) Hannelore Laukemann, Franz Doleschal, Ulrich Jank, Johannes Bräuchle, Martina Sturm, Ministerpräsident Erwin Teufel, Hans-Michael Bender und Prof. Dr. Hans-Martin Pawlowski.

Christliche Werte als Fundament politischen Handelns in schwieriger Zeit

Delegierten- und Landestagung des EAK der CDU in Niedersachsen in Rotenburg/Wümme: Hans Bookmeyer als Landesvorsitzender bestätigt

Mit dem eindeutigen Ergebnis von 97,8 % der Stimmen ist Hans Bookmeyer aus Dornum (Ostfriesland) von den Delegierten auf der Delegierten-Tagung des EAK-Niedersachsen, die am 26. April in Rotenburg/Wümme stattfand, im Amt als Landesvorsitzender des EAK-Niedersachsen bestätigt worden. Hans Bookmeyer hat den Landesvorsitz als Nachfolger von Gustav Isernhagen, Wietzendorf, seit November 1998 inne. Ebenfalls in ihren Ämtern bestätigt wurden Gundula Zieschang, Lingen, und Dirk Heuer, Peine, als stellvertretende Vorsitzende, Ute Ernsting, Nienburg, als Schriftführerin, sowie Hans von Borstel, Bremervörde, Dr. Frank Frühling, Holzminden, Elke Fulfs, Westercummersiel, Johannes Habekost, Blender, und Albert Rathjen, Bremervörde, als Beisitzer. Den Vorstand komplettieren die neugewählten Beisitzer Dr. Sonja Köhler, Laatzen, Dr. Werner Letz,

Braunschweig, Renate Lühr, Soltau, Klaus Malottke, Hannover, und Dr. Hans-Ulrich Minke, Oldenburg, sowie Gustav Isernhagen, der 1998 zum Ehrenvorsitzenden gewählt worden war.

Die anschließende öffentliche Landestagung stand unter dem Motto: „Christliche Werte als Fundament politischen Handelns in schwieriger Zeit“. Das Geistliche Wort sprach Manfred Horch, ev.-luth. Landessuperintendent für den Sprengel Stade. Als Referent konnte der Vorsitzende des Rates der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen, Bischof Peter Krug, Oldenburg, gewonnen werden. In seinem Referat „Mehr Himmel auf Erden – Biblische Visionen im persönlichen und politischen Handeln“ spannte Bischof Krug einen Bogen der Hoffnung von der Vision des Propheten Jesaja bis zur Offenbarung des Johannes; bei beiden ist bekanntlich u.a. von einem „neuen Himmel“ und einer „neuen Erde“ die Rede (Jes. 65,17; Offb. 21,1). Als ein Kriterium des Evangeliums für



v. l.: Klaus Malottke, Dirk Heuer, Dr. Hans-Ulrich Minke, Johannes Habekost, Dr. Sonja Köhler, Elke Fulfs, Gundula Zieschang, Hans Bookmeyer, Hans von Borstel, Ute Ernsting, Dr. Werner Letz, Albert Rathjen

persönliches und politisches Handeln führte der Bischof das Gebot der Nächstenliebe (3. Mose 19,18; Matth. 22,39) an.

Die Bergpredigt, die Zehn Gebote und das Doppelgebot der Liebe bezeichnete er „als Orientie-

rungsrahmen, als Zielrichtung und als Schubkraft für politisches Handeln aus christlicher Verantwortung“.

Zur Praxis persönlichen und politischen Handelns ging der Bischof u.a. auf die Diskussion um die Bioethik und Biotechnik ein, wobei er „die Forderung Thomas Rachels nach einem ethisch begleiteten Fortschritt, der der Menschenwürde dient“ [Bezugnahme auf den Beitrag von MdB Thomas Rachel in der Ev. Verantwortung, Ausgabe April 2003], voll unterstützte. Im Blick auf die Fragen am Ende menschlichen Lebens sprach sich Bischof Krug eindeutig gegen aktive Sterbehilfe aus; er befürwortete stattdessen die passive Sterbehilfe und würdigte den Dienst der Hospizbewegung. Des Weiteren ging er u. a. auf Fragen von Gerechtigkeit und Frieden sowie auf das Thema „mehrdimensionale Bildung“ ein. Dem Referat schloss sich eine lebhaft diskussion an, an welcher im Podium auch der EAK-Bundesgeschäftsführer, Pastor Christian Meißner, teilnahm.

Gemeinsame Veranstaltung des EAK Berlin-Brandenburg und der Konrad-Adenauer-Stiftung zum Thema: „Wurzeln und Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft“

Zusammen mit der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) veranstaltete der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU in Berlin und Brandenburg (EAK BB) in diesem Frühjahr eine Vortrags- und Diskussionsreihe, die die Errungenschaft der Sozialen Marktwirtschaft aus verschiedenen Blickwinkeln beleuchtete. So lautete an der Europauniversität Viadrina in Frankfurt/Oder das Thema: „Welche Menschen braucht die Marktwirtschaft? Welche Marktwirtschaft brauchen die Menschen?“, in Berlin ging es um die

„Wurzeln und Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft im Lichte der katholischen Soziallehre und der protestantischen Arbeitsethik“. Etwa 300 interessierte Anwesende konnten bei der Veranstaltung in Berlin einem engagierten Vortrag der Vorsitzenden der CDU, Frau Dr. Angela Merkel, folgen? Frau Merkel verglich den Übergang von der Industrie- zur Wissensgesellschaft mit dem Umbruch von der Agrar- zur Industriegesellschaft und wies dabei nicht nur auf die Chancen, sondern auch auf die Probleme hin, die diesen Prozess begleiten. Herr Niels Lund Chrestensen, ein ausgewiesener erfolgreicher mittelständischer Unternehmer und Präsident der thüringischen IHK, war bei der sicheren Moderation durch Herrn Dr. Christoph v. Marschall vom Berliner Tagesspiegel ein guter Gesprächspartner. Bei einem anschließenden Glas Wein wurde die Diskussion sogleich fortgesetzt. Insgesamt war der Abend ein voller Erfolg und sicherlich ein Höhepunkt in unserer Arbeit. Vor kurzem wurde die Veranstaltungsreihe in Cottbus mit dem Thema: „Wie christlich ist die Diakonie?“ fortgesetzt. Im Herbst soll dann „Die Evangelische Kirche in Berlin und Brandenburg (AKiBB) als Arbeitgeber in Berlin“ für Gesprächsstoff sorgen. Auch dabei hoffe ich wieder auf erhellende Diskussionen.

Stefan Dachsel

Familienpolitisches Forum des EAK-Saarpfalz

Der EAK Saarpfalz hatte in Zusammenarbeit mit der Frauen-Union zum „Familienpolitischen Forum“ in die Gemeinde Mandelbachtal eingeladen. In der gut besuchten Veranstaltung unter der Moderation von Volker Oberhausen, stellv. Landesvorsitzender des EAK, nahm eine hochkarätige Expertenrunde Stellung. Gisela Rink, MdL, familienpolitische Sprecherin der CDU-Land-

tagsfraktion betonte, dass im 21. Jahrhundert die Familie immer noch die attraktivste Lebensform in Deutschland sei. Es herrsche aber eine starke Einkommensungleichheit zwischen Ehepaaren mit und solchen ohne Kinder. Aus ihrer Sicht müssen die Familien finanziell gefördert werden. Ganztagsbetreuung in Kindergärten und Schulen seien familienergänzend, nicht familienersetzend. Prof. Dr. Günther Deegener, Psychotherapeut an der Kinder- und Jugendpsychiatrie der Uniklinik Homburg/Saar, sieht insbesondere den Sozialegoismus in Deutschland auf dem Vormarsch. Außer diesem Wertewandel, konstatiert der Vorsitzende des saarländischen Landesverbandes des Deutschen Kinderschutzbundes, ein hohes Gewaltpotential in Familien und Schulen. Ziel müsse es sein, den Kindern mehr Zeit, Geborgenheit und Zuwendung zu schenken. Das Setzen von Grenzen und eine emotionale Bindung, sei für Heranwachsende von größter Bedeutung. Joachim Selzer, im SOS-Kinderdorf Saar verantwortlich für den Bereich Gemeinwesen und Familienhilfe, definierte die Familie als Keimzelle für die Entwicklung des Kindes. Außerdem berichtete der Sozialpädagoge von seinen Erfahrungen bei der Nachmittagsbetreuung an einer Realschule in Merzig. In diesem Bereich müssten Eltern, Lehrer und Betreuer zum Wohle des Kindes eng zusammenarbeiten. Die Landessynode, der Katholikenrat, das Diakonische Werk und die Caritas waren mit hochrangigen Repräsentanten zu dieser Veranstaltung erschienen. Sie beteiligten sich auch an der anschließenden sehr lebhaften Diskussion. Deshalb kündigte Oberhausen bereits an, dass eine weitere Veranstaltung des „Familienpolitischen Forums“ stattfinden wird. Die saarländische Familienministerin Dr. Regina Görner hat sich bereit erklärt, am 3. September 2003 in Bexbach das „Familienpolitische Programm“ der Landesregierung vorzustellen.



„Wer dem Geringsten Gewalt tut, lästert dessen Schöpfer, aber wer sich des Armen erbarmt, der ehrt Gott.“ (Spr 14,31)

Gotteslästerung gehörte – im Gegensatz zur heutigen Zeit – zu den schwerwiegendsten Vergehen in der Alten Welt! Die Logik war dabei denkbar einfach: Wer von sich aus den

wahren und letzten Grund seiner Existenz negiert, der hat auch sein eigenes Existenzrecht verwirkt. Im zweiten Gebot hat dieser Sachverhalt seinen angemessenen Niederschlag gefunden. Für die Christen, die sich ja von Anfang an als das neue Gottesvolk in Kontinuität zu den Verheißungen des alten Bundes verstanden, stellt das zweite Gebot ebenfalls eine Selbstverständlichkeit dar. Indem der christliche Glaube heutzutage aber mehr und mehr seine prägende Kraft für unsere Kultur und unser Geistesleben verloren hat, scheinen immer weniger Menschen mit dem Begriff „Gotteslästerung“ noch etwas anfangen zu können. Ist es eigentlich schon Gotteslästerung, wenn man überhaupt nicht mehr an Gott zu glauben bereit ist? Gehört schon so manche theologische Kritik an etablierten „Gottesbildern“ dazu? Oder gibt es auf der anderen Seite nicht vielmehr ganz bestimmte „Gottesbilder“, deren Kritik sich geradezu als notwendig erweist und insofern zur frommen Pflicht werden kann, um den Namen Gottes vor Missbrauch zu schützen?

Doch werden wir nicht allzu akademisch. Es hängt nämlich – biblisch gesehen – recht wenig daran, ob wir als Christen gegen die Gebildeten unter unseren zeitgenössischen „Verächtern“ bzw. gegen die „Schnädelbachs“ unserer Tage den letztlich fruchtlosen Disput über die abstrakte „Gottesfrage“ führen. Solches hat unser Monatsspruch auch mitnichten im Blick. Nicht um graue Theorie und philosophisch-metaphysische Spekulation geht es beim Glauben, sondern um eine lebendige Gottesbeziehung. Im Kleinen

Katechismus heißt es ja bekanntermaßen: „Ich glaube, dass mich Gott geschaffen hat samt allen Kreaturen, mir Leib und Seele, Augen, Ohren und alle Glieder, Vernunft und alle Sinne gegeben hat und noch erhält ...ohn all mein Verdienst und Würdigkeit.“

Von unserem ersten bis zu unserem letzten Atemzug liegt nichts in unserer Hand. Nicht wir selbst sind die „Macher“ unseres Lebens, sondern Gott allein setzt allem den Anfang und das Ende. Was der Mensch sich gern selbst als Größe und eigenes Verdienst anrechnet, stammt nicht wirklich von ihm und so manches, was ihm klein und niedrig und schwach erscheint, ist dafür groß bei Gott! Wer dies einmal im Herzen begriffen hat, weiß, dass wahre Demut Gott, dem Schöpfer, gegenüber immer auch die Sorge für den Nächsten und das Mitleiden für den Schwachen und Geringen mit einschließen muss! Wenn ich meine Mitgeschwister nicht achte und mich nicht um sie sorge, lästere ich Gott genauso, als wenn ich ihm selbst ins Angesicht fluchen würde! Das ist biblische Weltsicht. Wer seinen Nächsten verachtet, dessen „Gotteslob“ ist nichts wert!

In jedem Geringsten und Hilfebedürftigen begegnet mir gewissermaßen das Kreuz Christi in verborgener Gestalt. Gehe ich achtlos an ihm vorüber, gehe ich an Christus selbst vorbei! Lassen wir also öfter einmal all unsere gut gemeinten, aber im Letzten nutzlosen Versuche beiseite, Gott mit der Schwäche und Gebrechlichkeit unserer menschlichen Zunge adäquat zu rühmen, um ihm dafür intensiver inmitten unser Herzen die wahre Ehre zu geben. Dazu gehört nun, für denjenigen, der weiß, wo Gott zu finden ist, nicht viel mehr als die tiefe Weisheit der Kreuzesmystik: „Was ihr getan habt einem von diesen meinen geringsten Brüdern, das habt ihr mir getan“ (Mt 25,40)!

Meißner

Unsere Autoren:

Rainer Eppelmann MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Staatsminister a. D.
Albrecht Martin
Hugo-Reich-Str. 10
55543 Bad Kreuznach

Prof. Dr. Helmut Reihlen
Wulffstr. 12
12165 Berlin

Melanie Liebscher
EAK-Bundesgeschäftsstelle
Klingelhöferstraße 8
10785 Berlin